

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung der herausgebenden Stelle dar. Sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Aus den Akten des 20. Juli

Wie „Das Parlament“ in der Ausgabe vom 3. November 1954 seinen Lesern mitteilen konnte, ist es der Bundeszentrale für Heimatdienst nach langen Bemühungen dank des Entgegenkommens der amerikanischen Behörden gelungen, die Photokopien sämtlicher noch vorhandenen Akten des 20. Juli zu erhalten. In der hier vorliegenden Ausgabe der Beilage veröffentlichen wir zwei Berichte. Es handelt sich um den Bericht des damaligen Major Remer, den dieser am 22. Juli 1944 über den Befreiungsversuch des 20. Juli niedergeschrieben hat und um den Bericht eines Oberleutnant Schlee, den dieser als Kompanieführer im Remer'schen Wachbataillon an das Bataillon erstattet hat.

Der Bericht des Major Remer

Abschrift

Berlin, den 22. Juli 1944

Der Ablauf der Ereignisse am 20. 7. 1944, wie ich sie als Kommandeur des Wachbtl. Großdeutschland erlebte.

Um 16.10 Uhr erreichte mich in meiner Wohnung der Kommandanturbefehl, mich sofort zu einer Besprechung bei der Kommandantur zu melden. Bei mir befand sich Lt. Hagen, Referent im Propagandaministerium, der eben vor den Uffz. meines Btl. einen Vortrag über die politische Lage gehalten hatte. Ich fuhr mit einem Pkw. zur Kommandantur (Kdtr.) und mußte dort im Zimmer des Adjutanten, Oberstlt. Erttel, etwa eine halbe bis dreiviertel Stunde warten. Im Zimmer befanden sich eine Anzahl mir bekannter Kommandeure, die ebenfalls der Kdtr. unterstanden. Ich wurde als erster zum Kommandanten, dem Generalleutnant v. Hase befohlen. In diesem Zimmer befanden sich nach meiner Erinnerung außer dem General noch Oberstlt. Schöne, ein Oberstlt. aus dem AHA, dessen Name mir unbekannt ist, Major Hajessen, den ich zum erstenmal in meinem Leben sah, Major Graf Schack und wohl auch noch Oberstlt. Erttel. Es ist möglich, daß noch ein bis zwei Offiziere mehr zugegen waren.

Der General eröffnete mir, daß der Führer verunglückt sei, die vollziehende Gewalt auf das Heer übergegangen und mit Unruhen zu rechnen wäre. Ich erhielt den Auftrag, das Regierungsviertel, begrenzt vom Potsdamer Platz – Saarlandstraße – Anhalter Straße – Wilhelmstraße – Kochstraße – Friedrichstraße – Dorotheenstraße – Hermann-Göring-Straße – Potsdamer Platz mit 3 Kompanien hermetisch abzusperren. Niemand, auch keine Generale und Minister, dürften die Sperrlinie passieren. Der Verkehr solle nicht unterbunden werden, dadurch hätten die Verkehrsmittel das Sperrgebiet leer zu durchfahren. Die örtliche Polizei sollte mir bei der Durchführung dieses Auftrages behilflich sein. Ferner wurde mir der im Zimmer befindliche Oberstlt./AHA mitgegeben, der insbesondere Verbindung mit der Polizei und den Verkehrseinrichtungen (S-Bahn) aufnehmen sollte. Ob General von Hase oder Major Hajessen mir diesen Oberstlt. beigegeben hat, weiß ich nicht mehr. Ich war dankbar, daß ich in ihm einen Offizier hatte, der mir einen Teil meines Aufgabengebietes abnahm. Der Gedanke, daß mir dieser Oberstlt. als Spitzel mitgegeben wurde, kam mir erst später. Eine vierte Kompanie wurde als Eingreifreserve zum Lustgarten befohlen.

Sofort nach dieser Einweisung fuhr ich zur Kaserne zurück, befahl meine sämtlichen Offiziere auf mein Dienstzimmer, alarmierte das Btl. und ging dann für etwa 5 Minuten in meine Privatwohnung, wo ich Lt. Hagen und meinen Adjutanten, Lt. Siebert, antraf. Ich teilte beiden Offizieren die Lage und unseren Auftrag mit, auch die Befürchtung, daß der Führer tot sei. Dabei bemerkte ich, daß alles so eigenartig wäre, daß wir jetzt unter allen Umständen einen klaren Kopf behalten müssen und uns auf keinen Fall mißbrauchen lassen dürfen. Ob ich jetzt schon oder später äußerte,

INHALT DIESER BEILAGE:

Aus den Akten des 20. Juli:

Der Bericht des Majors Remer

Der Bericht des Oberleutnant Schlee (S. 600)

Urkunden zur Judenpolitik des Dritten Reiches:

Dokumente zur Reichskristallnacht (S. 601)

Dokumente zur weiteren Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik auf die „Endlösung“ hin (S. 603)

daß ich es merkwürdig fände, daß nichts über den Nachfolger bzw. Vertreter des Führers gesagt werde, weiß ich nicht mehr. Jedenfalls aber sagte ich noch in meiner Wohnung so bestimmt, daß ich das Gefühl nicht loswerden könne, hier stimme etwas nicht, daß sich mein Adjutant veranlaßt fühlte, zurückzufragen „Militärputsch?“

Bisher und auch in der Folgezeit habe ich keinerlei schriftliche Befehle erhalten. Ich habe auch keine schriftlichen Befehle höchster Dienststellen zu Gesicht bekommen. Ich sah lediglich aus einer gewissen Entfernung auf dem Schreibtisch vor dem General und Major Hajessen mit der Schreibmaschine gedruckte Anordnungen, die allem Anschein nach Bezug auf die derzeitige Lage nehmen mußten.

Nach dem Verlassen meiner Wohnung wies ich meine inzwischen versammelten Offiziere auf dem Dienstzimmer ein. Zugegen waren noch der Oberstlt./AHA und Lt. Hagen, den ich ausdrücklich gebeten hatte, mitzukommen. Ich habe bei dieser Einweisung besonders betont, daß wir uns nicht zu Dummheiten verleiten lassen dürfen und scharf darauf hingewiesen, daß ausschließlich meine Befehle befolgt werden. Besonderen Wert legte ich auf die schnelle Einsatzbereitschaft der Kompanien. Einem Offizier, der im Auftrag des Generals, dessen Name mir entfallen ist, telefonisch eine Wache zu stellen befahl erwiderte ich, daß mir kein General Befehle erteilen kann, der nicht mein Vorgesetzter ist. Noch während der Besprechung bat mich Lt. Hagen nach draußen. Er sagte mir, daß er einen furchtbaren Verdacht hege. Auf dem Wege zur Kaserne habe er in einem Pkw. Generalfeldmarschall von Brauchitsch in Uniform an sich vorbeifahren sehen. Wir müßten damit rechnen, daß es sich um einen Militärputsch handele. Wir einigten uns dahin, daß Lt. Hagen sofort zum Reichsminister Dr. Goebbels oder zur Geheimen Staatspolizei fahren solle, um die Lage zu klären. Unter allen Umständen wollte ich über die tatsächliche Lage genauestens unterrichtet sein. Ich bat Lt. Hagen möglichst unauffällig zu handeln, damit nicht irgendwelcher Verdacht geschöpft werden könne. Zur Erledigung seines Auftrages stellte ich ihm ein Krad zur Verfügung. Am Schluß der Besprechung, welche um 17.32 Uhr beendet war, befahl ich, unseren Soldaten über die uns dargestellte Lage reinen Wein einzuschenken. Nach der Besprechung machte mich die Bemerkung des Oberstlt./AHA stutzig, ich solle seine Anwesenheit nicht als Spitzeltätigkeit betrachten. Darüber war ich sehr erstaunt, da ich seine Anwesenheit bis zu diesem Zeitpunkt nicht im geringsten so aufgefaßt hatte.

Während die Kompanien auf die Fahrzeuge verladen wurden, fuhr ich mit meinen Adjutanten und dem Oberstlt./AHA zur Kdtr., um dort noch einige unwesentliche Punkte zu klären. Überrascht war ich, als ich bei einem leisen Gespräch zwischen General von Hase und Oberstlt. Schöne diesen sagen hörte, daß für die Verhaftung des Herrn Reichsministers Dr. Goebbels nun nicht mehr ein Zug des Wachbtl. Großdeutschland vorgesehen sei, sondern eine Abteilung des Streifendienstes. Diese Bemerkung stimmte mich besonders bedenklich, erstens weil sie von einer Verhaftung des Herrn Reichsministers sprach und zweitens weil nicht mehr wir, sondern die Streifenabteilung die Verhaftung vornehmen sollte. Ich entnahm dieser Änderung, daß man mir mißtraute und ordnete deshalb später an, daß zu meinem persönlichen Schutz die Kdtr.-Wache verstärkt werde, wobei ich befahl, daß sie mich bei meiner eventuellen Festnahme unter allen Umständen wieder herauszuholen hätte. General von Hase und Major Hajessen befahlen mir, die ausgestellten Sicherungen am Komplex nördlich der Anhalter Straße besonders stark zu machen. Der Grund für diese Maßnahme wurde mir nicht angegeben. Erst beim späteren Abfahren meiner ausgestellten Sicherungen stellte ich fest, daß in diesem Komplex Sicherheitsdienst untergebracht war. Auch diese Tatsache stimmte mich bedenklich.

Die befohlene Absperrung des Regierungsviertels war bereits um 18.30 Uhr vollzogen. Bis zu diesem Zeitpunkt bin ich noch zu der Besprechung im Generalzimmer die 3 eingesetzten Kompanien abgefahren und habe mich dann zur Kdtr. begeben, um dem General Vollzugsmeldung zu erstatten.

Wie ich später von meinem Adjutanten erfuhr, hatte sich zu diesem Zeitpunkt der Oberstlt./AHA von ihm mit der Bemerkung verabschiedet, daß er in Wannsee noch einen besonderen Auftrag zu erfüllen habe.

Ich bin noch einmal die Sperrlinie abgefahren, um einige Unklarheiten zu beseitigen. Vor allem aber wollte ich Verbindung mit Lt. Hagen bekommen. Das gelang jedoch nicht.

Als ich nach der Rückkehr von dieser Fahrt im Vorzimmer des Generals saß, wurde ich durch Lt. Buck meines Btl. auf den Flur hinausgerufen. Er meldete mir, daß er von Lt. Hagen zu mir geschickt sei, Hagen selber wolle nicht mehr zu mir in die Kdtr. kommen, um der Gefahr einer Verhaftung zu entgehen. Lt. Buck sagte mir, daß sich die Lage völlig geändert habe. Ich möchte sofort zu Herrn Reichsminister Dr. Goebbels kommen, es handele sich um einen Militärputsch. Daraufhin sagte ich zu Lt. Buck: „Wir beide gehen jetzt zum General. Sagen Sie ihm, daß ich zu Herrn Reichsminister kommen soll, ferner, daß sich die Lage grundlegend geändert habe. Verschweigen Sie aber unter allen Umständen den Militär-

putsch!“ Ich bin absichtlich mit Lt. Buck zusammen hereingegangen, um einen Zeugen zu haben. Nachdem Lt. Buck berichtet hatte, fragte ich den General, ob ich zum Herrn Reichsminister fahren könne. Diese Frage wurde mit den Worten verneint: „Remer, Sie bleiben hier!“

Nach dieser Entscheidung des Generals ging ich auf die Straße vor die Kdtr. und sagte dort meinem Adjutanten unter vier Augen: „Jetzt geht es um meinen Kopf. Es scheint sich doch um einen Militärputsch zu handeln. Hagen hat mir sagen lassen, daß ich zu Dr. Goebbels kommen soll. Der General hat es verboten.“ Dann habe ich nacheinander noch einige Offiziere meines Btl., die ich vor der Kdtr. antraf, ins Bild gesetzt und ihnen gesagt, daß größte Achtsamkeit geboten ist.

Ich bin dann etwas abseits gegangen, um für mich kurz nachzudenken und mir ein klares Bild von der Situation zu verschaffen. Ich entschloß mich augenblicklich und allein zu Dr. Goebbels zu fahren. Sofort wurde ich in das Zimmer des Ministers gebeten und habe dort unter vier Augen mit dem Minister gesprochen. Der Herr Reichsminister fragte mich, ob ich überzeugter Nationalsozialist sei. Ich sagte, daß das ganz selbstverständlich sei, und daß ich hundertprozentig zum Führer stehe. Ich wußte bis zu diesem Augenblick immer noch nichts Genaues über das Schicksal des Führers. Der Herr Reichsminister beteuerte mir, daß er im Auftrage des Führers handele. Der Führer sei überhaupt nicht verletzt. Er habe erst vor wenigen Minuten mit ihm persönlich telefonisch gesprochen. Es sei die größte Gemeinheit der Geschichte, daß eine ganz kleine Clique ehrgeiziger Generale unter der Voraussetzung, daß der Führer tot sei, einen Militärputsch inszeniert hat. Ich versprach, daß ich als anständiger nationalsozialistischer Offizier unter allen Umständen gewillt bin, getreu dem Eide zum Führer meine Pflicht zu tun. Wir drückten uns lange die Hand und sahen uns in die Augen.

Es wurde mir sofort Gelegenheit gegeben, den Führer persönlich telefonisch zu sprechen. Der Führer sagte, daß er unverletzt sei und fragte mich, ob ich ihn an seiner Stimme erkenne. Ich bejahte das. Der Führer wies auf den gemeinen verbrecherischen Anschlag hin und sagte mir, daß ich ihm direkt solange unterstünde, bis der Reichsführer Himmler einträfe, den er als Chef des Heimateeres eingesetzt habe. Ich hätte unter allen Umständen mit allen Mitteln jeglichen Widerstand niederzuhalten.

Nach diesem Gespräch mit dem Führer berichtete ich dem Herrn Reichsminister von meinem bisherigen Auftrag und den von mir getroffenen Maßnahmen. Ferner setzte ich den Herrn Minister von den Anordnungen und Maßnahmen der Kdtr. in Kenntnis, soweit sie mir bekannt waren. Im Verlaufe der nächsten Stunde wurde ich wohl ein dutzendmal zum Minister befohlen. Ich meldete ihm jeweils alle Dinge, die mir bekannt geworden waren und unterrichtete ihn laufend über meine Maßnahmen. Oft war auch Herr Reichsminister Speer zugegen.

Nach meiner ersten Unterredung mit dem Herrn Minister fuhr ich sofort zur Kdtr. zurück, die ich aber nicht mehr betrat. Ich unterrichtete alle dort anwesenden Offiziere meines Btl. davon, daß ich entgegen dem ausdrücklichen Befehl des Generals von Hase beim Herrn Reichsminister Dr. Goebbels gewesen sei.

Mein Adjutant erhielt von mir den Befehl, das Telefon auf meinem bisherigen Gefechtsstand in der Wache der Kdtr. von nun ab persönlich besetzt zu halten, da ich mit Herrn Reichsminister vereinbart hatte, alle 20 Minuten telefonisch Verbindung aufzunehmen. Ich stellte bei dieser Gelegenheit fest, daß inzwischen in der Kdtr. der Zug des Streifendienstes erschienen war, der allem Anschein nach die Verhaftung des Herrn Reichsministers durchführen sollte. Ebenfalls stellte ich fest, daß in der Gegend des Ehrenmals fremde Truppenteile biwackierten. Ferner erhielt ich Kenntnis vom Anrücken anderer Truppenteile auf der Achse. Nun entsann ich mich auch, daß ich beim Verlassen der Kdtr. kurz vor dem Besuch beim Herrn Reichsminister bemerkt hatte, daß auf der Kdtr. eine Anzahl Offiziere eingetroffen war, die ich noch nie gesehen hatte.

Da mein Btl. sehr zersplittert war, befahl ich meinem Adjutanten mit Rücksicht auf die Lage, das gesamte Btl. im Garten der Wohnung des Herrn Reichsministers, Hermann-Göringstr. 20, zu sammeln. Ich selbst fuhr sofort wieder zum Herrn Reichsminister zurück. Dies mag etwa gegen 20.30 gewesen sein. Hier gab ich auch Lt. Buck den Befehl, am Brandenburger Tor sämtliche Truppenteile anzuhalten und zu mir zu leiten.

Das Btl. war sehr schnell im Ministergarten zusammengezogen. Ich bat den Herrn Reichsminister, zu den Männern zu sprechen. Der Herr Reichsminister tat es auch. Er umriß kurz die Situation, geißelte mit offenen Worten den verbrecherischen Anschlag auf das Leben des Führers und wies auf die geschichtliche Aufgabe hin, die in diesem Augenblick dem Wachbtl. Großdeutschland gestellt sei. Anschließend teilte ich meinen Männern mit, daß ich vom Führer persönlich den Auftrag bekommen habe, jeden Widerstand rücksichtslos zu brechen.

Ich entschloß mich, den Gebäudekomplex Reichskanzlei — Wilhelmstraße - Hermann-Göring-Straße — mit 2 Kompanien zur Nahverteidigung einzurichten. Eine weitere Kompanie erhielt den Auftrag die Kdtr. zu umstellen und hermetisch abzuschließen. Der Kompanieführer sollte fernher die am Ehrenmal liegenden fremden Truppen zu mir in Marsch setzen. Alle noch in der Kaserne verbliebenen Teile des Btl., insbesondere die Stabskompanie, erhielten Befehl, sofort zu mir zu kommen. Ferner sorgte ich für Heranschaffung genügender Munitionsmengen. Als weitere Verstärkung erhielt ich die Truppenteile, die am Brandenburger Tor zu mir geleitet wurden. Alle Offiziere, die nunmehr am laufenden Bande bei mir eintrafen, unterrichtete ich von der tatsächlichen Lage und bat sie, ihren Vorgesetzten darüber sofort Meldung zu erstatten.

Mein Adjutant, welcher versuchte den Kommandeur einer starken gepanzerten Einheit, die im Tiergarten zwischen Achse und Hermann-Göring-Straße unterzog, zur Verbindungsaufnahme mit mir zu bewegen, brachte mir die Meldung, daß eben ein Oberst beim Kommandeur dieser Einheit gewesen war und ihm sagte, daß die gepanzerten Kräfte unter dem Befehl von Generaloberst Guderian am Fehrbelliner Platz sammeln. Wer nicht gehorche, würde erschossen. Auf seinen Vorhalt, daß ich persönlich vom Führer den Befehl erhalten habe, für Ordnung zu sorgen, erwiderte jener Oberst, daß über die gepanzerten Kräfte ganz allein Generaloberst Guderian die Befehlsgewalt habe.

In diesem Augenblick erschien Oberstlt. Gehrke, der frühere Kommandeur des Wachbtl. Großdeutschland, der eben in Berlin eingetroffen war, in der Ministerwohnung. Er übernahm es sofort die Verbindung zum Fehrbelliner Platz aufzunehmen und festzustellen, auf welcher Seite die gepanzerten Kräfte eingesetzt würden, da ich mir über die Stellungnahme des Generaloberst Guderian nicht im klaren gewesen war. Oberstlt. Gehrke brachte die Meldung, daß die gepanzerten Kräfte vollkommen auf seiten des Führers stehen.

Während Oberstlt. Gehrke die Lage klärte, rief ich die Ersatz-Brigade Großdeutschland in Cottbus an und bat darum, sofort schwere Waffen insbesondere Schützen-Panzer und Panzer nach Berlin zu schicken. Es erschien auch später ein Btl., das von mir in Rangsdorf aufgehalten wurde, da sich inzwischen die Situation geklärt hatte.

Oblt. Schlee erhielt von mir den Befehl, die Verbindung mit unserer Wache OKW, Bendlerstraße aufzunehmen. Dabei stellte er fest, daß sich in diesem Gebäude eine Anzahl der Verräter befand und dort eine Art Hauptquartier eingerichtet hatte. Auf diese Meldung hin befahl ich dem Oblt. Schlee, sofort mit einer Kompanie zum OKW zu rücken, dort alles abzuschließen und alle Verdächtigen festzunehmen. Unabhängig von dieser Maßnahme ging Oberstlt. Gehrke ebenfalls zum OKW und erschien dort in dem Augenblick, als Generaloberst Fromm eben befreit worden war. Oberstlt. Gehrke wurde auch Zeuge der Festnahme und Erschießung der Verräteroffiziere. Die Erschießungen wurden auf Befehl des Generalobersten Fromm von Angehörigen der Kampfgruppe Schlee durchgeführt. Unmittelbar anschließend fuhr ich selbst ins OKW und veranlaßte in Zusammenarbeit mit den dort eingesetzten SS-Männern die Durchsuchung des Gebäudekomplexes und die Festnahme weiterer verdächtiger Offiziere. Ich selber nahm noch den Adjutanten des Generals Olbricht fest — ein Oberstlt., dessen Name mir entfallen ist. Er befand sich ohne Waffen allein im Zimmer.

Nach meiner Rückkehr ins Propagandaministerium erhielt ich Befehl, mich bei dem inzwischen eingetroffenen Reichsführer Himmler zu melden.

Ich meldete ihm die von mir durchgeführten Maßnahmen, wofür mir der Reichsminister seine Anerkennung aussprach.

Die bei der Kdtr. eingesetzte Kompanie hatte mir im Laufe der Nacht gemeldet, daß General von Hase und Oberstlt. Schöne mit dem Auto vor die Kdtr. gefahren seien und sich jetzt wieder in ihr befänden. Die Kompanie hatte Anweisung erhalten, beide Herren nicht mehr herauszulassen. Wie ich später hörte, soll General von Hase zum Generalkommando gefahren sein. Nach seiner Rückkehr zu Kdtr. schickte Herr General einen Offizier der Absperrkompanie zu mir mit dem Befehl, mich sofort bei der Kdtr. zu melden. Ich lehnte das ab und ließ Herrn General sagen, daß ich hier in Berlin im Auftrage des Führers handle. Ich stellte Herrn General anheim, unter Begleitung zweier Feldwebel der Absperrkompanie zu mir zu kommen. Herr General erschien auch und wurde durch mich bei Herrn Reichsminister Dr. Goebbels angemeldet. Nach dieser Besprechung wurde Herrn General ein Zimmer angewiesen und mir befohlen, dafür zu sorgen, daß Herr General bis auf weiteres dort bleibt. Im Laufe der Nacht ließ mich Herr General einmal zu sich rufen und bat mich, beim Herrn Reichsminister diplomatisch anzufragen, ob er nicht wieder in seine Wohnung gehen könne. Ich habe diesen Wunsch nicht erfüllt. Herr General wurde später durch den Sicherheitsdienst abgeführt.

In den frühen Morgenstunden fuhr ich zur Kdtr. um mich persönlich von den durchgeführten Absperrmaßnahmen zu überzeugen. Ich habe auch kurz mit den Herren der Kdtr. gesprochen und ihnen gesagt, daß ich für die Durchführung meiner Maßnahmen auf Grund eines Gesprächs mit dem Führer berechtigt sei. Sie müssen sich noch einige Zeit gedulden, bis die Lage geklärt sei. Mir fiel auf, daß Major Hajessen nicht anwesend war. Ich erfuhr, daß Major Hajessen im Laufe der Nacht auf telefonischen Befehl des Oberstlt. i. G. Heise festgenommen wurde. Die Festnahme war durch Oberstlt. Schöne durchgeführt worden. Major Hajessen saß allein in einem ihm zugewiesenen Zimmer der Kdtr. Ich ordnete noch an, daß er von 2 Soldaten bewacht werden sollte.

Wieder zur Wohnung des Herrn Reichsministers zurückgekehrt, hatte sich die Lage soweit geklärt, daß die durchgeführten Sicherheitsmaßnahmen eingeschränkt werden konnten. Ich erhielt von Herrn Reichsminister den Befehl, die noch erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen so durchzuführen, daß sie von der Bevölkerung nicht bemerkt werden können. Deshalb ordnete ich an, daß mit Ausnahme einer Kompanie, die im Garten des Herrn Reichsministers zu verbleiben hatte, der im OKW eingesetzten Kompanie und eines Zuges zur Bewachung der Kdtr., das Btl. wieder zur Kaserne abrückt.

Gegen 7.00 Uhr morgens wurde ich zur Kdtr. gerufen, wo der neue stellv. Stadtkommandant, Herr Oberst Manitius, eingetroffen war. Es wurden die dort befindlichen unbeteiligten Offiziere nach Hause geschickt, die im Verdacht der Beteiligung am Putsch stehenden Offiziere vernommen. Vom Offizier der Wache der Kdtr. wurde mir gemeldet, daß noch während der durchgeführten Absperrmaßnahmen der Hauptfeldwebel Ander von seinem Zimmer einen Zettel heruntergeworfen habe, auf dem er mitteilte, daß er während der Nacht den Auftrag erhalten habe, den Inhalt eines Papierkorbes zu verbrennen, in dem sich bis auf kleinste Teile zerrissene Papierstückchen befanden. Die diesbezüglichen Vernehmungen ergaben, daß Befehle und Ausweise sowie eine Karte des Majors Hajessen und von Major Graf Schack vernichtet worden sind. Ebenso wurde festgestellt, daß Oberstlt. Schöne von diesen Dingen Kenntnis hatte. Bemerkenswert scheint mir noch die Tatsache, das Major Hajessen am Dienstag, den 18. 7. erstmalig auf der Kdtr. erschienen war und Herrn General von Hase allein in seiner Wohnung aufgesucht hat. Bei der Vernehmung am Morgen des 21. 7. 1944 fiel mir besonders die sehr große Nervosität des Oberstlt. Schöne auf. Seine vielen offensichtlichen Widersprüche hinterließen einen denkbar schlechten Eindruck.

gez. R e m e r

Der Bericht des Oberleutnant Schlee

Abschrift

4. Wachbtl. Großdeutschland

Berlin, den 23. 7. 1944

Dem Wachbataillon Großdeutschland Bericht

Am 20. 7. 1944 um 16.15 Uhr wurde der Kompanie vom Btl. das Stichwort „Walküre“ durchgegeben. Gleichzeitig wurde vom Btl. Ausgangssperre angeordnet. Die Kompanie befand sich zu 80% auf Wache. Der Rest der Kompanie wurde sofort alarmiert und für die kommenden Befehle bereitgestellt.

Gegen 17.00 Uhr wurde ich zur Offz.-Besprechung zum Kommandeur befohlen. Im Dienstzimmer des Kommandeurs wurde uns eröffnet, daß dem Führer etwas zugestoßen sei und die vollziehende Befehlsgewalt auf das Heer übergegangen wäre. Das Btl. habe den Auftrag, das gesamte Regierungsviertel abzusperren. Besonders wurde vom Kommandeur betont, daß nur seine Befehle auszuführen sind. Ich selbst bekam den Auftrag, zunächst die Hauptwache im Moabiter Block zu verstärken und dann sämtliche von meiner Kompanie gestellten Wachen abzufahren, um die Männer ins Bild zu setzen.

Nach Durchführung der Wachverstärkung Moabiter Block fuhr ich sofort zur Hauptwache OKW Bendlerstraße 13. Dort wurde mir vom wachhabenden Offizier Lt. Arnds, gemeldet, daß die Wache um 16.15 Uhr auf Befehl des General Olbricht alarmiert wurde und den Auftrag erhielt, alle Ausgänge zu sperren und jeglichen Durchgangsverkehr zu unterbinden. Dieser Befehl ist ihm von einem Hauptmann Klausling im Auftrage des Generals überbracht worden. Lt. Arnds hat den Alarmbefehl sofort an das Btl. weitergemeldet.

Weiterhin meldete mir Lt. Arnds, daß er sich nach Durchführung der Alarmierung befehlsgemäß bei General Olbricht meldete. Dort wurde ihm mitgeteilt, daß der Führer tot sei und das Heer die Befehlsgewalt übernommen habe. Es müsse damit gerechnet werden, daß SS auf Lkws anfahren würde. Die SS sei sofort zu bekämpfen. Herren der SS und der Partei habe die Wache nach vorheriger telefonischer Rücksprache zu ihm, dem General Olbricht, zu bringen.

Der Befehl des Generals Olbricht, die SS zu bekämpfen, ließ mich Furchtbares ahnen und ich fuhr sofort zum Btl.-Gefechtsstand in der Kommandantur zurück. Kurze Zeit nach meinem Eintreffen traf ich dort Major Remer vor dem Kommandantur-Gebäude an. Major Remer nahm mich zur Seite und teilte mir mit, daß er eben bei Reichsminister Dr. Goebbels gewesen wäre. Es handele sich um einen Militärputsch. Daher sei größte Vorsicht geboten. Es dürften nur seine Befehle ausgeführt werden. Vorerst solle ich noch über die tatsächliche Lage schweigen.

Ich fuhr sofort wieder zur Wache OKW zurück und gab Lt. Arnds meine Anordnungen für unser weiteres Verhalten. Dabei hörte ich die Sondermeldung aus dem Führer-Hauptquartier.

Während ich wieder zur Kommandantur zurückfuhr, sah ich, wie sich Männer unseres Btl. vor der Wohnung des Reichsministers Dr. Goebbels, Hermann-Göring-Straße 20, sammelten. Ich erfuhr, daß der Gefechtsstand des Btl. nunmehr hier sei und begab mich in den Garten des Hauses, wo gerade Reichsminister Dr. Goebbels zum Btl. über den schurkischen Verrat sprach. Nun war alles klar.

Major Remer gab mir Befehl, zur Verstärkung des im Ministergarten zusammengezogenen Btl. die Wache OKW hierher in Marsch zu setzen. Lt. Arnds bekam von mir sofort die dazu notwendigen Befehle. Ein Hauptmann, der am Haupteingang Bendlerstr. 13–14 zusätzlich zur Überwachung des Personenverkehrs eingesetzt worden war, bat mich, doch erst mal zu General Olbricht zu gehen. Trotz meiner Bedenken tat ich dies, denn ich wollte wissen, was im OKW eigentlich gespielt würde. Lt. Arnds befahl ich, mich mit einem Stoßtrupp wieder herauszuschlagen, falls ich binnen 20 Minuten nicht zurück sei.

Ich wurde in das Vorzimmer des Generals Olbricht geführt. Dort befahl mir Oberst von Mertz meine der Wache gegebenen Befehle nicht auszuführen. Er verbot mir, das Zimmer zu verlassen. Während aber Oberst v. Mertz in das Zimmer zu General Olbricht ging, nutzte ich diesen Augenblick aus, um das Vorzimmer zu verlassen. Ich rannte am Vorzimmer des Generalobersten Fromm vorbei nach unten zum Ausgang. Dabei sah ich etwa drei bis vier Generale, die sich auf dem Gang aufhielten.

Nachdem ich den Hauptaussgang verlassen hatte, lief mir ein Hauptmann nach, der mich unbedingt sprechen wollte. Er sagte mir, daß er gemerkt habe, daß wir die Lage durchschaut hätten. Er sei der Nachrichten-Offz. des OKW und habe die Nachrichten-Zentrale mit eigenen Kräften besetzt. Im OKW befände sich eine Clique von Generalen und Offizieren, welche die Haupträdelsführer des Putsches seien. Alle ihre Befehle habe er noch nicht weitergegeben. Ich versprach ihm sofort verstärkte Hilfe durch uns und fuhr im schnellsten Tempo zum Btl.-Gefechtsstand zurück, um Major Remer die Lage im OKW zu melden und Hilfe heranzuholen.

Major Remer befand sich eben bei Reichsminister Dr. Goebbels. Lt. Hagen vermittelte mir dann, daß ich sofort zu Reichsminister Dr. Goebbels vorgelassen wurde. Dort meldete ich, daß die gesamte Verräterclique in den Gebäuden des OKW sitzt und schlug vor, alle dortigen Gebäude mit stärkeren Kräften zu besetzen. Reichsminister Dr. Goebbels führte daraufhin sogleich ein Gespräch mit dem Führer, welcher die Erlaubnis zum sofortigen Eingreifen gab. Ich bekam den Befehl, mit meiner 35 Mann starken Wache, 2 Zügen der 5. Kompanie und 1 Radfahrzeug einer anderen Einheit das OKW zu besetzen und sämtliche Generale festzunehmen. Auf die Meldung hin, daß das OKW bereits durch eine Panzerschützen-Kompanie besetzt sei, welche auf unserer Seite stehe, wurde mein Abmarsch verzögert. Lt. Arnds und Lt. Schady wurden beauftragt, den Führer dieser Einheit festzustellen. Nach kurzer Zeit kam Lt. Arnds wieder zurück und meldete, daß die Panzerschützen-Kompagnie nicht mehr im OKW sei. Nun war höchste Eile geboten. Lt. Arnds besetzte sofort sämtliche Ein- und Ausgänge. Lt. Schady baute auf meinen Befehl mit 70 Mann eine Postenkette um das OKW, so daß ein Ausbruchversuch nicht möglich war.

Am Haupteingang Bendlerstraße 11–13 ging es toll zu. Offiziere, welche mit Maschinenpistolen bewaffnet waren, rannten umher und versuchten Befehle zu geben und Anordnungen zu treffen. Im rücksichtslosen Durchgreifen wurde jeder festgenommen, der sich mir widersetzte und in die Pförtnerloge gesperrt. Ein Oberst und ein Oberstleutnant wurden mit Gewalt entwaffnet. Es galt vorerst, möglichst jede Schießerei zu vermeiden, denn ich war mir bewußt, daß der erste Schuß der Auftakt zu einer wüsten Knallerei geworden wäre. Dies wollte ich vermeiden.

Nachdem wir den Haupteingang im Besitz genommen hatten, beauftragte ich ein Kommando von 20 Mann, den Männern der Nachrichten-zentrale zu Hilfe zu eilen. An allen Ausgängen wurden Maschinengewehre aufgebaut.

Nachdem die Sicherung von außen her vollzogen war, konnte ich darangehen, im Innern des Gebäudes aufzuräumen. Da hatten aber bereits treue deutsche Offiziere zur Selbsthilfe gegriffen und Generaloberst Fromm befreit, der von der Verräterclique in ein Zimmer eingesperrt war. Außerdem waren die 5 Haupträdelsführer bereits festgenommen.

Inzwischen war Oberstleutnant G e h r k e , eingetroffen, der sofort Verbindung mit Generaloberst Fromm aufnahm. Generaloberst Fromm befahl, ein Exekutionskommando zusammenzustellen, um die Verräter sofort zu erschießen. Ich bestimmte Lt. Schady und 10 Unteroffiziere dazu. Die Exekution fand etwa am 21. 7. 1944 um 0.30 Uhr in einem Hofe des Bendlerblockes statt. Generaloberst B e c k hatte sich bereits selbst erschossen. Von unserem Kommando wurden erschossen: General der Inf. Olbricht, Oberst Graf von Stauffenberg, Oberst von Mertz und

Oberleutnant Haefen. Generaloberst Höpfner wurde festgenommen und befehlsgemäß ins W.U.G. Lehrter Straße eingeliefert.

Anschließend erschien mein Kommandeur, Major Remer, und ordnete die weitere Festnahme verdächtiger Offiziere an. Außerdem überzeugte er sich von den von mir getroffenen Absperrmaßnahmen. Inzwischen war Generaloberst Reinicke gekommen und übernahm den Befehl über den gesamten Bereich des OKW. Kurz nach 1.00 Uhr traf die Staatspolizei unter Führung von Obersturmbannführer Skorzeny ein, welcher die wei-

teren Nachforschungs- und Aufklärungsarbeiten übernahm. Sämtliche verdächtige Zimmer wurden von uns besetzt, Streifen und Durchsuchungen angeordnet. Einige verdächtige Offiziere konnten noch im Laufe der Nacht von unseren Männern, bei dem Versuch zu fliehen, festgenommen werden. Am 21. 7. 1944 blieb die Wache weiterhin verstärkt.

gez. Schlee

Oberleutnant und Kompanie-Chef

Urkunden zur Judenpolitik des dritten Reiches

Im folgenden fahren wir mit der Veröffentlichung von Dokumenten zur Judenpolitik des Nationalsozialismus fort.

Dokumente zur Reichskristallnacht

Von Juttner, Chef des Führungshauptamts der SA unterzeichneter Brief der obersten SA-Führung vom 29. November 1938, in dem er (Nur für den Dienstgebrauch) eine Anordnung von Hess bekanntgibt.

Die Oberste SA-Führung München, den 29. November 1938
FO Nr. 82/277—38 n. f. D. Ha/Hbl.

Nur für den Dienstgebrauch

Verteiler 1
9

SA. der NSDAP.
Brigade 50 (Starkenbourg) Darmstadt, den 11. November 1938
Abteilung F Br. B. Nr. 4309 Moosbergstraße 2

Betrifft: Fernruf: 7042 und 7043
Bezug: Postscheckkonto: Frankfurt a. M. 23 448
Beilagen: Bankkonto: Städtische Sparkasse 155

Betr.: Maßnahmen gegen die Juden.

Der Stabsleiter des Stellvertreters des Führers gibt mit Anordnung Nr. 189 38 (nicht zur Veröffentlichung) folgendes bekannt:

„Bei den aus der Bevölkerung heraus entstandenen Aktionen gegen die Juden mußten hier und dort von Dienststellen der Partei und ihren Gliederungen zum Schutze deutschen Volksvermögens Wertgegenstände sichergestellt werden. Ich ordne an, daß solche Gegenstände gegen Quittung unverzüglich an die nächste Dienststelle der Geheimen Staatspolizei abgegeben werden.“

Sollten den Dienststellen der Partei und ihrer Gliederungen im Zusammenhang mit dieser Aktion Diebstähle, die leider vorgekommen sein dürften, bekannt werden oder bekannt geworden sein, so ist unverzüglich der nächsten Polizeidienststelle Meldung zu machen. Ebenso ist bei Auftauchen verdächtiger Gegenstände zu verfahren.

Die Dienststellen der Polizei sind in Erfüllung ihrer Aufgaben weitgehendst zu unterstützen.“

Der Chef des Führungshauptamts:
gez. Jüttner
Obergruppenführer

F. d. R.
Kalb
Standartenführer

An
SA-Gruppe Kurpfalz
Mannheim

(Bei Antwortschreiben Datum und
Briefbuchnummer angeben.)

Am 10. 11. 1938 3 Uhr erreichte mich folgender Befehl:

„Auf Befehl des Gruppenführers sind sofort innerhalb der Brigade 50 sämtliche jüdische Synagogen zu sprengen oder in Brand zu setzen.“

Nebenhäuser die von arischer Bevölkerung bewohnt werden, dürfen nicht beschädigt werden. Die Aktion ist in Zivil auszuführen. Meutereien oder Plünderungen sind zu unterbinden. Vollzugsmeldung bis 8.30 Uhr an Brigadeführer oder Dienststelle.“

Die Standartenführer wurden von mir sofort alarmiert und genauestens instruiert, und mit dem Vollzug sofort begonnen.

Ich melde hiermit, es wurden zerstört im Bereich der

Standarte 115

- | | | |
|----|-------------------------------------|---------------------------------------|
| 1. | Synagoge in Darmstadt, Bleichstraße | durch Brand zerstört |
| 2. | " " " Fuchsstraße | " " " |
| 3. | " " O./ Ramstadt | Innenraum und Einrichtung zertrümmert |
| 4. | " " Gräfenhausen | " " |
| 5. | " " Griesheim | " " |
| 6. | " " Pfungstadt | " " |
| 7. | " " Eberstadt | durch Brand zerstört |

Standarte 145

1. Synagoge in Bensheim	durch Brand zerstört
2. " " Lorsch in Hessen	" " "
2. " " Heppenheim	" " und Sprengung zerstört
3. " " Birkenau	durch Brand zerstört
4. Gebetshaus in Alsbach	" " "
5. Versammlungsraum in Alsbach	" " "
6. Synagoge in Rimbach	Inneneinrichtung vollständig zerstört

Blatt 2 zum Schreiben 11. 11. 1938 der Brigade 50 (Starkenburg) an Gruppe Kurptalz.

Standarte 168

1. Synagoge in Seligenstadt	durch Brand zerstört
2. " in Offenbach	" " "
3. " in Klein-Krotzenburg	" " "
4. " in Steinheim a. M.	" " "
5. " in Mühlheim a. M.	" " "
6. " in Sprendlingen	" " "
7. " in Langen	" " "
8. " in Egelsbach	" " "

Standarte 186

1. Synagoge in Beerfelden	durch Sprengung zerstört
2. " in Michelstadt	Inneneinrichtung zertrümmert
3. " in König	" " "
4. " in Höchst i. O.	" " "
5. " in Groß-Umstadt	" " "
6. " in Dieburg	" " "
7. " in Babenhausen	" " "
8. " in Groß-Bieberau	durch Brand zerstört
9. " in Fränk. Crumbach	Inneneinrichtung zerstört
10. " in Reichelsheim	" " "

Standarte 221

1. Synagoge und Kapelle in Gr. Gerau	durch Brand zerstört
2. " in Rüsselsheim	niedergerissen u. Inneneinrichtung zerstört
3. " in Dornheim	Inneneinrichtung zerstört
4. " in Wolfskehlen	" " "

Der Führer der Brigade 50 (Starkenburg)
Lucke
Brigadeführer

Aktenvermerk!

Fernmündlicher Anruf der Brigade 151, Saarbrücken durch Sturmhauptführer Rossel.

Sturmhauptführer Rossel meldet am 10. 11. 1938 vormittags 9.15 Uhr:

Heute Nacht wurde die Synagoge in Saarbrücken in Brand gesteckt, ebenso wurden die Synagogen in Dillingen, Merzig, Saarlautern, Saarlouis und Broddorf zerstört.

Die Juden wurden in Schutzhaft genommen.

Die Feuerwehren sind mit Löscharbeiten beschäftigt.

Im Bereich der Standarte 174 wurden sämtliche Synagogen zerstört.

Mannheim, den 10. November 1938
abgenommen:

Zimmermann
Standartenführer

Aktenvermerk!

Fernmündlicher Anruf des Führers der Standarte 250, Bruchsal, Standartenführer Ritter v. Eberlein.

Standartenführer Ritter v. Eberlein meldet am 10. 11. 1939 vormittags 9.00 Uhr:

In den frühen Morgenstunden des 10. November 1938 zwischen 4.30 Uhr und 6.00 Uhr brannte die Synagoge in Bruchsal bis auf die Grundmauern nieder. In den jüdischen Geschäften der Stadt zertrümmerte die Volksmenge sämtliche Schaufenster, die alarmierte SA stellte Wachposten vor die jüdischen Geschäfte um Plünderungen zu verhindern.

Der Rabbiner und einige prominente Juden mußten zwecks ihrer eigenen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden. Dies geschah durch die Gestapo.

Auch in Philippsburg brannte zur selben Zeit die Synagoge nieder. Der wegen seinen ausländischen Beziehungen bekannte und berüchtigte Rabbiner Neuburger wurde auf Veranlassung der SA in Schutzhaft genommen.

Ferner wurden im Laufe der Nacht die Synagogen in Wiesloch, Walldorf, Malsch zerstört. Die männlichen Juden mußten zu ihrer persönlichen Sicherheit in Schutzhaft genommen werden. Im Sturmbannbereich III/250 wurden die Synagogen in Sinsheim, Neidenstein, Neckarbischofsheim, Hoffenheim, Wellenberg und Ittlingen ebenfalls zerstört.

Mannheim, den 10. November 1938
abgenommen:

Zimmermann
Standartenführer

Aktenvermerk!

Standarte 17 meldet fernmündlich am 10. 11. 1938 vormittags 10.30 Uhr durch Sturmbannführer Thén:

Die Synagogen in Ludwigshafen und Frankenthal sind heute morgen in der Zeit von 7-8 Uhr vollkommen niedergebrannt. Verschiedene jüdische Geschäfte wurden demoliert.

Mannheim, den 10. November 1938
abgenommen durch:

Zimmermann
Standartenführer

Notiz!

8.35 h meldet Oberführer Durein für den Bereich der Br. 51 Vollzug in Synagogenangelegenheit.

Bis auf Rölsheim (?) bei Germersheim ist alles durchgeführt.

10 11. 38.

Klein.

Aktenvermerk!

Fernmündlicher Anruf des Führers der Brigade 50 Darmstadt Brigadeführer Lucke.

Brigadeführer Lucke meldet am 10. November 1938 um 9.00 Uhr.

Es wurden durch Brand zerstört die jüdische Kirche in Darmstadt, die Synagoge in Darmstadt, die Synagoge in Eberstadt. Die Synagoge in Darmstadt zerstört und innen ausgebrannt. Die Synagoge in Eberstadt zerstört und innen ausgebrannt. Die Synagogen in Griesheim, in Gräfenhausen und Oberamstadt zerstört. Die Synagoge in Bensheim durch Brand zerstört. Die Synagoge in Lorsch bei Bensheim durch Brand zerstört. Die Synagoge in Heppenheim durch Sprengung zerstört. Die Synagoge in Rimbach und Birkenau zerstört. Die Bethalle in Alsbach a. d. B. zerstört. Versammlungsraum am jüdischen Friedhof in Hähnlein zerstört. Die Synagoge und Kirche in Groß-Gerau durch Brand zerstört. Die Synagoge in Rüsselsheim abgebrochen. Ferner wurden vernichtet die Synagoge und die Holzkirche in Dornheim. In Offenbach wurde die große Kirche und die Synagoge durch Brand zerstört. Etwa vorhandene Synagogen werden noch ermittelt und zerstört.

Mannheim, den 10. November 1938
abgenommen:

Lohmann
Sturmhauptführer

Dokumente zur weiteren Entwicklung der nationalsozialistischen Judenpolitik auf die „Endlösung“ hin

Erlaß des Auswärtigen Amtes vom 25. 1. 1939. Bezeichnend für die außenpolitische Behandlung der Judenfragen und die allgemeinen Ziele der nationalsozialistischen Judenpolitik in dieser Phase. (1938 — 1939)

Auswärtiges Amt
83—26 19—1

Berlin, den 25. Januar 1939

An
alle diplomatischen und beruhskonsularischen
Vertretungen im Ausland.

Inhaltsangabe:

Die Judenfrage als Faktor der Außenpolitik im Jahre 1938.

1. Die deutsche Judenpolitik als Voraussetzung und Konsequenz der außenpolitischen Entschlüsse des Jahres 1938
2. Das Ziel der deutschen Judenpolitik: Auswanderung
3. Mittel, Wege und Ziel der jüdischen Auswanderung
4. Der ausgewanderte Jude als beste Propaganda für die deutsche Judenpolitik.

Es ist wohl kein Zufall, daß das Schicksalsjahr 1938 zugleich mit der Verwirklichung des großdeutschen Gedankens die Judenfrage ihrer Lösung nahegebracht hat. Denn die Judenpolitik war sowohl Voraussetzung wie Konsequenz der Ereignisse des Jahres 1938. Mehr vielleicht als die machtpolitische Gegnerschaft der ehemaligen Feindbundmächte des Weltkrieges hat das Vordringen jüdischen Einflusses und der zersetzenden jüdischen Geisteshaltung in Politik, Wirtschaft und Kultur die Kraft und den Willen des deutschen Volkes zum Wiederaufstieg gelähmt. Die Heilung dieser Krankheit des Volkskörpers war daher wohl eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Kraftanstrengung, die im Jahre 1938 gegen den Willen einer Welt den Zusammenschluß des großdeutschen Reiches erzwang.

Die Notwendigkeit für eine radikale Lösung der Judenfrage ergab sich aber auch als Konsequenz der außenpolitischen Entwicklung, die zu den im Altreich lebenden 500 000 Glaubensjuden weitere 200 000 in Österreich einbrachte. Der unter dem Schuschnigg-System ins Maßlose gewachsene Einfluß des Judentums in der österreichischen Wirtschaft machte sofortige Maßnahmen notwendig, die die Ausschaltung des Judentums aus der deutschen Wirtschaft und den Einsatz des jüdischen Vermögens im Interesse der Allgemeinheit zum Ziele hatten. Die als Vergeltung für die Ermordung des Gesandtschaftsrats vom Rath einsetzende Aktion hat diesen Prozeß so beschleunigt, daß der jüdische Einzelhandel — bisher mit Ausnahme ausländischer Geschäfte — im Straßenbild völlig verschwunden ist. Die Liquidierung der jüdischen Großhandels- und Fabrikationsbetriebe und des Haus- und Grundbesitzes in der Hand von Juden wird allmählich so weit gefördert, daß in absehbarer Zeit von jüdischem Besitz in Deutschland nicht mehr gesprochen werden kann. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß es sich nicht um eine entschädigungslose Beschlagnahme jüdischen Vermögens handelt wie z. B. bei der Konfiskation der Kirchengüter während der französischen Revolution. Vielmehr erhält

der enteignete Jude für seinen Besitz Reichsschuldverschreibungen, deren Zinsen ihm zustehen.

Das letzte Ziel der deutschen Judenpolitik ist die Auswanderung aller im Reichsgebiet lebenden Juden. Es ist vor auszusehen, daß schon die einschneidenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet, die den Juden „vom Verdienst auf die Rente“ gesetzt haben, den Auswanderungswillen fördern werden. Im Rückblick auf die vergangenen 5 Jahre seit der Machtergreifung ist jedenfalls festzustellen, daß weder das Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums noch die Nürnberger Judengesetze mit ihren Durchführungsvorschriften, die jede Assimilierungstendenz des Judentums unterbanden, wesentlich zur Abwanderung der deutschen Juden beigetragen haben. Im Gegenteil hat in jeder Periode innerpolitischer Beruhigung ein solcher Rückstrom jüdischer Emigranten eingesetzt, daß sich die Geheime Staatspolizei veranlaßt sah, jüdische Rückwanderer mit deutschem Paß zunächst zur politischen Kontrolle in einem Schulungslager unterzubringen.

Aus Politik und Kultur war der Jude ausgeschaltet. Aber bis 1938 war seine wirtschaftliche Machtposition in Deutschland und damit sein zäher Wille, bis zum Anbruch „besserer Zeiten“ auszuhalten, ungebrochen. Bezeichnend für diese Taktik des hinhaltenden Widerstands ist das Programm einer in Polen neu gegründeten jüdischen Partei, allen auf Emigration des Judentums gerichteten polnischen Maßnahmen den Kampf anzusagen. Solange der Jude noch in der deutschen Wirtschaft verdienen konnte, so lange brauchte in den Augen des Weltjudentums die jüdische Bastion in Deutschland noch nicht aufgegeben zu werden.

Der Jude hatte aber die Konsequenz und die Kraft des nationalsozialistischen Gedankens unterschätzt. Zugleich mit dem in Versailles zur Niederhaltung Deutschlands geschaffenen Staatensystem in Mitteleuropa brach 1938 auch die jüdische Machtposition in Wien und Prag zusammen. Italien stellte sich mit seiner Rassengesetzgebung Deutschland im Kampf gegen das Judentum an die Seite. In Bukarest übernahm ein Kenner der Judenfrage Professor Goga mit einem gegen das Judentum gerichteten Programm die Regierung, ohne sich allerdings gegen den übermächtigen internationalen Druck von Paris und London durchsetzen zu können. In Ungarn und Polen wurde das Judentum unter Sondergesetzgebung gestellt. Überall beginnt jetzt der deutsche außenpolitische Erfolg von München wie ein Erdbeben in seinen Ausläufern auch in entfernten Staaten die seit Jahrhunderten befestigte Position des Judentums zu erschüttern.

Es ist auch verständlich, wenn das Weltjudentum, „daß sich Amerika als Hauptquartier ausersehen hat“, das Abkommen von München, das nach amerikanischer Auffassung den Zusammenbruch der demokratischen Front in Europa bedeutet, als eigene Niederlage empfindet. Denn das System der parlamentarischen Demokratie hat erfahrungsgemäß stets dem Juden auf Kosten der Gastvölker zu Reichtum und politischer Macht

verholfen. Wohl zum ersten Mal in der modernen Geschichte muß das Judentum jetzt eine bereits gesicherte Stellung wieder räumen.

Dieser Entschluß wurde erst 1938 gefaßt. Er äußerte sich in dem Bemühen der westlichen Demokratien, insbesondere der Vereinigten Staaten von Amerika, den nunmehr endgültig beschlossenen jüdischen Rückzug aus Deutschland d. h. die Abwanderung des Judentums unter internationale Kontrolle und Protektion zu stellen. Der amerikanische Präsident Roosevelt, „der bekanntlich in seinem engeren Rat von einer ganzen Reihe von Exponenten des Judentums umgeben ist“, berief bereits Mitte 1936 eine Staatenkonferenz zur Beratung der Flüchtlingsfrage ein, die in Evian ohne besondere sachliche Ergebnisse tagte. Beide Fragen, deren Beantwortung die Bedingung einer geordneten jüdischen Abwanderung bildet, blieben offen: einmal die Frage, wie diese Abwanderung zu organisieren und zu finanzieren sei, zweitens die Frage, wo hin die Auswanderung zu lenken sei.

Zur Beantwortung der ersten Frage schien insbesondere das internationale Judentum nicht geneigt zu sein, einen Beitrag zu liefern. Vielmehr betrachtete es die Konferenz — und das später von ihr in London unter Führung des Amerikaners Rublee gebildete Komitee — als ihre Hauptaufgabe, Deutschland unter internationalem Druck zur Freigabe des jüdischen Vermögens in möglichst weitem Ausmaß zu zwingen. Deutschland sollte also die Abwanderung seiner 700 000 Juden mit der Preisgabe deutschen Volksvermögens erkaufen. Dabei ist zu bezweifeln, ob das internationale Judentum überhaupt ernstlich die Massenabwanderung seiner Rassegelassen aus Deutschland und aus anderen Staaten ohne das Äquivalent eines Judenstaats wünscht. Die in den bisherigen jüdischen Vorschlägen eingeschlagene Taktik zielt jedenfalls weniger auf die Massenabwanderung von Juden als auf den Transfer jüdischen Vermögens ab.

Es ist selbstverständlich, daß der Transfer auch nur eines Bruchteils jüdischen Vermögens devisentechnisch unmöglich wäre. Die Finanzierung einer Massenabwanderung deutscher Juden ist daher noch ungeklärt. Auf Anfragen wäre gesprächsweise zu erwidern, daß deutscherseits damit gerechnet werde, daß das internationale Judentum — insbesondere die Verwandten der auswandernden Juden — die Abwanderungsaktion ebenso nachdrücklich unterstützen würde, wie es seinen mittellosen Rassegelassen zu einer Zeit, als Deutschlands Schwäche den Zustrom der Ostjuden nicht aufhalten konnte, die Einwanderung nach Deutschland ermöglicht habe. Es sei jedenfalls an Hand der Polizei- und Steueraktion nachzuweisen, daß die große Masse der Juden mittellos nach Deutschland einwanderte und in wenigen Jahren oder Jahrzehnten zu Vermögen gelangte, während das deutsche Volk durch die Tributbestimmungen des Versailler Vertrages seinen Besitz verlor oder in Arbeitslosigkeit verkam. Es bestehe daher deutscherseits auch kein Verständnis für das Mitleid, mit dem eine angeblich humanitäre Welt die Enteignung dieses dem deutschen Volke durch jüdische Geschäftsmethoden entzogenen Besitzes als ein Unrecht beklage.

Die zweite Frage, in welche Zielländer eine organisierte Abwanderung der Juden gelenkt werden soll, konnte von der Konferenz in Evian ebensowenig beantwortet werden, da jedes der beteiligten Länder unter Bekundung grundsätzlicher Anteilnahme an dem Flüchtlingsproblem sich außerstande erklärte, größere Massen jüdischer Auswanderer auf seinem Territorium aufnehmen zu können. Nachdem noch in den Jahren 1933/34 über 100 000 Juden aus Deutschland legal oder illegal den Weg ins Ausland gefunden hatten und sich mit Hilfe ihrer jüdischen im Ausland lebenden Verwandten oder des Mitleids humanitär eingestellter Kreise in einem neuen Gaststaat einnisten konnten, haben inzwischen fast alle Staaten der Welt ihre Grenzen gegen die lästigen jüdischen Eindringlinge hermetisch verschlossen. Das Problem der jüdischen Massenauswanderung ist damit zunächst praktisch festgefahren. Viele Staaten sind bereits so vorsichtig geworden, von ordnungsmäßig einreisenden Juden mit deutschen Pässen eine Bescheinigung der deutschen Behörden zu verlangen, daß ihrer Rückreise nichts entgegensteht.

Bereits die Wanderungsbewegung von nur etwa 100 000 Juden hat ausgereicht, um das Interesse, wenn nicht das Verständnis vieler Länder für die jüdische Gefahr zu wecken. Wir können ermessen, daß sich die Judenfrage zu einem Problem der internationalen Politik ausweiten wird, wenn große Massen der Juden aus Deutschland, aus Polen, Ungarn und

Rumänien durch den zunehmenden Druck ihrer Gastvölker in Bewegung gesetzt werden. Auch für Deutschland wird die Judenfrage nicht ihre Erledigung gefunden haben, wenn der letzte Jude deutschen Boden verlassen hat.

Es ist bereits heute für die deutsche Politik eine wichtige Aufgabe, den Strom der jüdischen Wanderung zu kontrollieren und nach Möglichkeit zu lenken. Allerdings besteht keine Veranlassung, mit anderen Staaten wie Polen, Ungarn und Rumänien, die selbst die Abwanderung ihrer jüdischen Bevölkerungsteile anstreben, an der Lösung dieses Problems zusammenzuarbeiten. Erfahrungsgemäß konkurrieren bei dieser Prozedur die gleichgerichteten Interessen und hemmen die Verwirklichung des vordringlichen deutschen Anspruchs auf Aufnahme der deutschen Juden in andere Zielländer.

Zwar hat die rumänische Regierung einen offiziellen Appell an die Reichsregierung unter dem Motto der menschlichen Moral und Gerechtigkeit gerichtet, an einer internationalen Aktion zur Lösung der Judenfrage mitzuarbeiten. Andererseits hat aber Polen Ende Oktober v. J. eine Verordnung erlassen, deren Durchführung die Rückkehr von 60 000 aus ¹⁾ Deutschland ansässigen Juden polnischer Staatsangehörigkeit nach Polen praktisch unmöglich gemacht hätte. Bekanntlich mußte sich die Reichsregierung daraufhin entschließen, etwa 16 000 Juden polnischer Staatsangehörigkeit, denen ihre Familien folgen werden, kurz vor Inkrafttreten der polnischen Verordnung nach Polen abzuschleppen. — Die Ungarische Regierung hat allerdings insoweit Verständnis für die deutsche Judenpolitik gezeigt, als sie von sich aus die Arisierung jüdisch-ungarischer Geschäfte in Deutschland d. h. Ersetzung der jüdischen Geschäftsinhaber durch nationale Ungarn in Aussicht gestellt hat. Im allgemeinen zeigt sich aber das Bild, daß das egoistische Interesse der beteiligten Staaten an einer vorzugsweisen Abschiebung ihrer eigenen jüdischen Volksteile vor jeder internationalen Lösung den Vorrang besitzt. Deutschland wird daher selbst die Initiative ergreifen, um zunächst für die Auswanderung der Juden aus Deutschland Mittel, Wege und Ziel zu finden.

Palästina, das der Volksmund bereits schlagwortartig zum Auswanderungsland bestimmt hat, kommt als Ziel der jüdischen Auswanderung schon deswegen nicht in Frage, weil seine Aufnahmefähigkeit für einen Massenzustrom von Juden nicht ausreicht. Unter dem Druck des arabischen Widerstands hat die Britische Mandatsregierung die jüdische Einwanderung nach Palästina auf ein Minimum beschränkt. Von deutscher Seite war zunächst die Auswanderung deutscher Juden nach Palästina durch Abschluß eines Abkommens mit der Vertretung des Judentums in Palästina, das den Transfer jüdischen Vermögens im Wege zusätzlichen Exports ermöglichte, weitgehend gefördert worden. (Haavara-Abkommen). Abgesehen davon, daß durch diese Methode lediglich einer geringeren Anzahl vermögender Juden, aber nicht der Masse besitzloser Juden die Auswanderung ermöglicht wurde, standen auch grundsätzliche außenpolitische Erwägungen dieser Form der Auswanderung entgegen: der Transfer jüdischen Vermögens aus Deutschland trug nicht unwesentlich zum Aufbau eines Judenstaates in Palästina bei. Deutschland muß aber in der Bildung eines Judenstaates, der auch in Miniaturform für das Weltjudentum eine ähnliche Aktionsbasis wie der Vatikanstaat für den politischen Katholizismus bilden würde und der nur einen Bruchteil der Juden absorbieren könnte, eine Gefahr sehen. Die Erkenntnis, daß das Judentum in der Welt stets der unversöhnliche Gegner des Dritten Reiches sein wird, zwingt zu dem Entschluß, jede Stärkung der jüdischen Position zu verhindern. Ein jüdischer Staat würde aber dem Weltjudentum einen völkerrechtlichen Machtzuwachs bringen. Alfred Rosenberg hat diese Gedanken in seiner Rede in Detmold am 15. Januar d. J. folgendermaßen formuliert:

„Das Judentum erstrebt heute einen Judenstaat in Palästina. Aber nicht etwa, um den Juden in aller Welt eine Heimat zu geben, sondern aus anderen Gründen, das Weltjudentum müsse einen kleinen Miniaturstaat haben, um exterritoriale Gesandte und Vertreter in alle Länder der Welt senden und durch diese seine Herrschaftsgelüste vorwärtstreiben zu können. Vor allem aber will man ein jüdisches Zentrum, einen jüdischen Staat haben, in dem man die jüdischen Hoch-

1) „aus“ hs gestrichen, hs „in“ darübergeschrieben.

stapler aus aller Welt, die von der Polizei anderer Länder verfolgt werden, unterbringen, mit neuen Pässen ausrüsten und dann in andere Teile der Welt schicken kann. Es ist zu wünschen, daß die Judenfreunde in der Welt, vor allem die westlichen Demokratien, die über soviel Raum in allen Erdteilen verfügen, den Juden ein Gebiet außerhalb Palästina zuweisen, allerdings nicht um einen jüdischen Staat, sondern um ein jüdisches Reservat einzurichten.“

Das ist das Programm der außenpolitischen Haltung Deutschlands in der Judenfrage. Es besteht deutscherseits ein größeres Interesse daran, die Zersplitterung des Judentums aufrechtzuerhalten. Die Kalkulation, daß sich damit in der ganzen Welt Boykottherde und antideutsche Zentren bilden würden, läßt die bereits jetzt zu beobachtende Erscheinung außer acht, daß der Zustrom der Juden in allen Teilen der Welt den Widerstand der eingesessenen Bevölkerung hervorruft und damit die beste Propaganda für die deutsche Judenpolitik darstellt.

In Nordamerika, in Südamerika, in Frankreich, in Holland, Skandinavien und Griechenland — überall, wohin sich der jüdische Wanderungsstrom ergießt, ist bereits heute eine deutliche Zunahme des Antisemitismus zu verzeichnen. Diese antisemitische Welle zu fördern, muß eine Aufgabe der deutschen Außenpolitik sein. Sie wird weniger erfüllt durch deutsche Propaganda im Ausland, als durch die Propaganda, die der Jude zu seiner Verteidigung in Gang zu setzen gezwungen ist. Sie wird sich in ihrer Wirkung zuletzt gegen ihn selbst wenden. Die Berichte der deutschen Auslandsbehörden beweisen die Richtigkeit dieser Auffassung.

Presse und amtliche Berichterstattung aus Nordamerika melden laufend von antijüdischen Kundgebungen der Bevölkerung. Es ist vielleicht symptomatisch für die tagespolitische Entwicklung in USA, daß die Hörerschaft des bekannten antijüdisch eingestellten „Radiopriesters“ Coughlin auf über 20 Millionen angewachsen ist. — Die Gesandtschaft in Montevideo berichtet am 12. Dezember v. J. „daß der jüdische Zustrom monatelang Woche für Woche andauert. Es steht außer Frage, daß der Antisemitismus hier wächst.“ — Saloniki berichtet unter dem 30. November 1938, „daß Kräfte am Werke sind, um den Haß gegen die Juden zu schüren“, und gleichzeitig, daß das griechische Freimaurertum die antisemitische Bewegung zu hemmen bemüht ist. — In Frankreich sollte sich im April d. J. die Pariser Stadtversammlung über einen Antrag aussprechen, auf Grund dessen die Naturalisierung von Juden in Zukunft abgelehnt werden sollte. Die Beratung über die Judenfrage endete mit einer Schlägerei der Debatteredner. — Lyon berichtet am 20. Dezember

v. J.: „Die Einwanderung jüdischer Flüchtlinge hat hier letzthin zu Unliebsamkeiten geführt. Die allgemein in Frankreich bestehende, auf geschäftlichen und Konkurrenzgründen bestehende Abneigung gegen die neuen Eindringlinge ist unverkennbar.“ — Diese Abneigung ist inzwischen so gewachsen, daß sich bereits eine jüdische Abwehr gegen den Antisemitismus in Frankreich organisiert hat (Bericht Paris vom 19. November v. J.). — Die Gesandtschaft im Haag berichtet am 30. Dezember v. J.: „Unter dem Eindruck der zahlreichen Emigranten aus Deutschland, die sich namentlich in Amsterdam sehr breitmachen, ist der Antisemitismus in Holland im starken Zunehmen. Und wenn es so weitergeht, kann der Fall leicht eintreten, daß der Holländer für das Vorgehen Deutschlands gegen die Juden nicht nur Verständnis gewinnt, sondern auch den Wunsch empfindet, es ebenso zu machen wie wir.“ — Die Gesandtschaft in Oslo berichtete am 8. April v. J.: „Während noch vor wenigen Jahren das Straßensbild Oslos kaum durch Juden entstellt wurde, ist hierin in letzter Zeit ein starker Wandel eingetreten. Auf den Straßen, in den Restaurants und vor allem in den Kaffeehäusern sitzen die Juden zu scheußlichen Klumpen geballt. Die Norweger werden mehr und mehr verdrängt. Die norwegische Presse, die bisher so gar kein Verständnis für die Judenfrage hatte, merkt plötzlich, was es heißt, wenn eines Tages die Kinder Israels wie die Heuschrecken in ein Land einfallen. Es wird eine ganz heilsame Lehre sein, die Norwegen hier erteilt wird.“

Diese Beispiele aus der Berichterstattung der Auslandsbehörden können beliebig vermehrt werden. Sie bestätigen die Richtigkeit der Erwartung, daß die Kritik an den mangels Tatbestandes in vielen Ländern nicht verständlichen Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Lebensraum eine Übergangerscheinung darstellt und sich in dem Augenblick gegen das Judentum²⁾ selbst wenden wird, wo der Augenschein die Bevölkerung lehrt, was die jüdische Gefahr für ihren Bestand bedeutet. Je ärmer und damit belastender für das Einwanderungsland der einwandernde Jude ist, desto stärker wird das Gastland reagieren und desto erwünschter ist die Wirkung im deutschen propagandistischen Interesse. Das Ziel dieses deutschen Vorgehens soll eine in der Zukunft liegende internationale Lösung der Judenfrage sein, die nicht dem falschen Mitleid mit der „vertriebenen religiösen jüdischen Minderheit“, sondern von der gereiften Erkenntnis aller Völker diktiert ist, welche Gefahr das Judentum für den völkischen Bestand der Nationen bedeutet.

Im Auftrag
Sonnenburg (hs)

²⁾ Mutmaßlich fehlt dieses Wort.

Befehl Heydrichs vom 21. 9. 39 betreffend Maßnahmen in Polen. Konzentration der Juden in größere Städte. (Erkennbar Planung eines Judenreservats östlich Krakau.)

Abschrift

Der Chef der Sicherheitspolizei Berlin, den 21. Sept. 1939
PI (II) — 288/39 geh.

Schnellbrief

An
Die Chefs aller Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei

Betrifft: Judenfrage im besetzten Gebiet.

Ich nehme Bezug auf die heute in Berlin stattgefundene Besprechung und weise noch einmal darauf hin, daß die geplanten Gesamtmaßnahmen (also das Endziel) streng geheim zu halten sind.

Es ist zu unterscheiden zwischen

1. dem Endziel (welches längere Fristen beansprucht) und
2. den Abschnitten der Erfüllung dieses Endzieles, (welche kurzfristig durchgeführt werden.)

Die geplanten Maßnahmen erfordern gründlichste Vorbereitung sowohl in technischer, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Es ist selbstverständlich, daß die heranstrebenden Aufgaben von hier in allen Einzelheiten nicht festgelegt werden können. Die nachstehenden

Ausweisungen und Richtlinien dienen gleichzeitig dem Zwecke, die Chefs der Einsatzgruppen zu praktischen Überlegungen anzuhalten.

I.

Als erste Voraussetzung für das Endziel gilt zunächst die Konzentrierung der Juden vom Lande in die größeren Städte.

Sie ist mit Beschleunigung durchzuführen.

Es ist dabei zu unterscheiden:

1. zwischen den Gebieten Danzig und Westpreußen, Posen, Ostoberschlesien und
2. den übrigen besetzten Gebieten

Nach Möglichkeit soll das unter Ziffer 1 erwähnte Gebiet von Juden freigemacht werden, zum mindesten aber dahin gezielt werden, nur wenige Konzentrierungsstädte zu bilden.

In den unter Ziffer 2 erwähnten Gebieten sind möglichst wenige Konzentrierungspunkte festzulegen, so daß die späteren Maßnahmen erleichtert werden. Dabei ist zu beachten, daß nur solche Städte als Konzentrierungspunkte bestimmt werden, die entweder Eisenbahnknotenpunkte sind oder zum mindesten an Eisenbahnstrecken liegen.

Es gilt grundsätzlich, daß jüdische Gemeinden mit unter 500 Köpfen aufzulösen und der nächstliegenden Konzentrierungsstadt zuzuführen sind.

Dieser Erlaß gilt nicht für das Gebiet der Einsatzgruppe I, welches etwa, östlich von Krakau liegend, umgrenzt wird von Polanice, Jaroslaw, der neuen Demarkationslinie und der bisherigen slowakisch-polnischen Grenze. Innerhalb dieses Gebietes ist lediglich eine befehlsmäßige Judenzählung durchzuführen. Des weiteren sind die nachstehend behandelten jüdischen Ältestenräte aufzustellen.

II.

Jüdische Ältestenräte

1. In jeder jüdischen Gemeinde ist ein jüdischer Ältestenrat aufzustellen der, soweit möglich, aus den zurückgebliebenen maßgebenden Persönlichkeiten und Rabbinern zu bilden ist. Dem Ältestenrat haben bis zu 24 männliche Juden (je nach Größe der jüdischen Gemeinde) anzugehören.

Er ist im Sinne des Wortes voll verantwortlich zu machen für die exakte und termingemäße Durchführung aller ergangenen oder noch ergehenden Weisungen.

2. Im Falle der Sabotage solcher Weisungen sind den Räten die schärfsten Maßnahmen anzukündigen.
3. Die Judenräte haben eine behelfsmäßige Zählung der Juden — möglichst gegliedert nach Geschlecht (Altersklassen) a) bis 16 Jahren, b) von 16—20 Jahren und c) darüber, und nach den hauptsächlichsten Berufsschichten — in ihren örtlichen Bereichen vorzunehmen und das Ergebnis in kürzester Frist zu melden.
4. Den Ältestenräten sind Termine und Fristen des Abzuges, die Abzugsmöglichkeiten und schließlich die Abzugsstraßen bekanntzugeben. Sie sind sodann persönlich verantwortlich zu machen für den Abzug der Juden vom Lande.

Als Begründung für die Konzentrierung der Juden in die Städte hat zu gelten, daß sich Juden maßgeblichst an den Franktireurüberfällen und Plünderungsaktionen beteiligt haben.

5. Die Ältestenräte in den Konzentrierungsstädten sind verantwortlich zu machen für die geeignete Unterbringung der aus dem Lande zuziehenden Juden.

Die Konzentrierung der Juden in den Städten wird wahrscheinlich aus allgemein sicherheitspolizeilichen Gründen Anordnungen in diesen Städten bedingen, daß den Juden bestimmte Stadtviertel überhaupt verboten werden, daß sie stets jedoch unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Notwendigkeiten — z. B. das Ghetto nicht verlassen, zu einer bestimmten Abendstunde nicht mehr ausgehen dürfen usw.

6. Die Ältestenräte sind auch verantwortlich zu machen für die entsprechende Verpflegung der Juden auf dem Transport in die Städte. Es sind keine Bedenken geltend zu machen, wenn die abwandernden Juden ihr bewegliches Gut, soweit technisch überhaupt möglich, mitnehmen.
7. Juden, welche den Befehl, in die Städte umzusiedeln, nicht nachkommen, ist in begründeten Fällen eine kurz bemessene Nachfrist zu gewähren. Es ist ihnen gestrenge Bestrafung anzukündigen, wenn sie auch dieser Frist nicht nachkommen sollten.

III.

Alle erforderlichen Maßnahmen sind grundsätzlich stets im engsten Benehmen und Zusammenwirken mit den deutschen Zivilverwaltungs- und örtlich zuständigen Militärbehörden zu treffen.

Bei der Durchführung ist zu berücksichtigen, daß die wirtschaftliche Sicherung der besetzten Gebiete keinen Schaden leidet.

1. Es ist vor allem Rücksicht zu nehmen auf die Bedürfnisse des Heeres, z. B. wird es sich kaum vermeiden lassen, zunächst da und dort Handels-Juden zurückzulassen, welche zur Verpflegung der Truppen mangels anderweitiger Möglichkeit unbedingt zurückbleiben müssen. In diesen Fällen ist jedoch im Benehmen mit den örtlichen zuständigen deutschen Verwaltungsbehörden die alsbaldige Arisierung dieser Betriebe anzustreben und die Auswanderung der Juden nachzuholen.

2. Bei der Wahrung der deutschen Wirtschaftsinteressen in den besetzten Gebieten ist es selbstverständlich, daß jüdische Lebens-, Kriegs- oder für den Vierjahresplan wichtige Industriezweige und -betriebe zunächst aufrechterhalten bleiben müssen.

Auch in diesen Fällen ist die alsbaldige Arisierung anzustreben und die Auswanderung der Juden nachzuholen.

3. Es ist schließlich Rücksicht zu nehmen auf die Ernährungslage in den besetzten Gebieten. So sind z. B. Grundstücke — jüdischer Siedler — nach Möglichkeit den benachbarten deutschen oder auch polnischen Bauern zur Mitbewirtschaftung kommissarisch in Pflege zu geben, so daß die Einbringung der noch außenstehenden Ernte bzw. der Wiederaufbau gewährleistet ist.

Hinsichtlich dieser wichtigen Frage ist mit dem landwirtschaftlichen Sachreferenten des C.d.Z. Verbindung aufzunehmen.

4. In allen Fällen, in denen eine Übereinstimmung der Interessen der Sicherheitspolizei einerseits und der deutschen Zivilverwaltung andererseits erzielt werden kann, ist mir vor Durchführung der in Frage stehenden Einzelmaßnahmen auf dem schnellsten Wege zu berichten und meine Entscheidung abzuwarten.

IV.

Die Chefs der Einsatzgruppen berichten mir laufend über die folgenden Sachverhalte:

1. Zahlenmäßige Übersicht über die in ihren Bereichen befindlichen Juden (möglichst in der obengenannten Gliederung). Es sind hierbei getrennt anzugeben die Zahlen der Juden welche vom Lande zur Abwanderung gebracht werden, und jener, welche sich bereits in den Städten befinden.
2. Namen der Städte, welche als Konzentrierungspunkte bestimmt worden sind.
3. Die den Juden zur Abwanderung in die Städte gesetzten Termine.
4. Übersicht über alle jüdischen lebens- und kriegs- oder für den Vierjahresplan wichtigen Industriezweige- und betriebe ihres Bereiches.

Es sind möglichst folgende Feststellungen zu treffen:

- a) Art der Betriebe (Zugleich Angabe der möglichen Umstellung des Betriebes zu wirklich lebenswichtigen, bzw. kriegswichtigen oder für den Vierjahresplan wichtigen Betrieben)

- b) welche von diesen Betrieben sind vordringlichst zu arisieren (um jedwede Schädigung auszuschalten)?

Wie wird die Arisierung vorgeschlagen? Deutsche oder Polen, (diese Entscheidung ist abhängig von der Wichtigkeit des Betriebes)

- c) wie groß ist die Zahl der in diesen Betrieben beschäftigten Juden (darunter der leitenden Positionen)

Kann der Betrieb nach Abschub der Juden ohne weiteres aufrechterhalten bleiben, oder bedarf diese Aufrechterhaltung der Zuteilung von deutschen bzw. polnischen Arbeitskräften? In welchem Umfange? Soweit polnische Arbeitskräfte herangezogen werden müssen, ist darauf Bedacht zu nehmen, daß diese vor allem aus den früheren deutschen Provinzen hereingeholt werden, so daß das Problem dort bereits eine Auflockerung erfährt. Diese Fragen können nur durch Einschaltung und Beteiligung der eingerichteten deutschen Arbeitsämter durchgeführt werden.

V.

Zur Erreichung der gesteckten Ziele erwarte ich restlosen Einsatz aller Kräfte der Sicherheitspolizei und des Sicherheitsdienstes. Die benachbarten Chefs der Einsatzgruppen haben miteinander sofort Fühlung aufzunehmen, damit die in Betracht kommenden Gebiete restlos erfaßt werden.

VI.

Das OKH, der Beauftragte für den Vierjahresplan (z. Hd. des Herrn Staatssekretärs Neumann), die Reichsministerien des Innern (z. Hd. des Herrn Staatssekretärs Stuckart) für Ernährung und für Wirtschaft (z. Hd. des Herrn Staatssekretärs Landfried) sowie die Chefs der Zivilverwaltung des besetzten Gebietes haben Abzug des Erlasses erhalten.

gez. Heydrich
 Beglaubigt:
 gez. Schmidt
 Kanzleiangestellt.

Für die Richtigkeit der Abschrift
 gez. Unterschrift
 Major i. G.

Auftrag Görings an Heydrich vom 31. 7. 1941 zur Vorbereitung der sogenannten Endlösung der Judenfrage

Der Reichsmarschall des Großdeutschen Reiches

Beauftragter für den Vierjahresplan
 Vorsitzender

des Ministerrats für die Reichsverteidigung

An den

Chef der Sicherheitspolizei und des SD
 SS-Gruppenführer Heydrich
 Berlin.

In Ergänzung der Ihnen bereits mit Erlaß vom 24. 1. 1939 übertragenen Aufgabe, die Judenfrage in Form der Auswanderung oder Evakuierung einer den Zeitverhältnissen entsprechend möglichst günstigen Lösung zuzuführen, beauftrage ich Sie hiermit, alle erforderlichen Vorbereitungen in organisatorischer, sachlicher und materieller Hinsicht zu treffen für eine Gesamtlösung der Judenfrage im deutschen Einflußgebiet in Europa.

Sofern hierbei die Zuständigkeiten anderer Zentralinstanzen berührt werden, sind diese zu beteiligen.

Ich beauftrage Sie weiter, mir in Bälde einen Gesamtentwurf über die organisatorischen, sachlichen und materiellen Vorausmaßnahmen zur Durchführung der angestrebten Endlösung der Judenfrage vorzulegen.

POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

AUS DEM INHALT UNSERER NÄCHSTEN BEILAGEN:

- Chester Bowles: „Zweiparteienpolitik für Asien“
- Dieter Ehlers: „Die Methoden der Beck-Gördeler
-Verschwörung“
- Walter Ehrenstein: „Die Mitarbeit der Schule gegen
den Massengeist“
- George F. Kennan: Das amerikanisch-russische Verhältnis
„Der historische Hintergrund“
„Die Beziehungen während des
Ersten Weltkrieges“
„Die Jahre ohne formelle Beziehungen“
„Rückschau“
- Helmut Krausnick: „Vorgeschichte der militärischen
Widerstandsbewegung bis zum
Ausbruch des 2. Weltkrieges“
- Theodor Schieffer: „Des Winfrid Bonifatius geschichtliche
Sendung“
- Kurt Sendtner: „Die militärische
Widerstandsbewegung
vom Ausbruch des 2. Weltkrieges
bis zum Beginn des Westfeldzuges“
- Adelbert Weinstein: „Die Verteidigung ist unteilbar“
- ... „Urkunden zur Judenpolitik
des Dritten Reiches“
-
-